



Österreichisches Institut für Internationale Politik
Austrian Institute for International Affairs

Endlich Frieden in Kolumbien?

Aaron Tauss



Zusammenfassung

Im November 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die FARC-EP-Guerilla ein historisches Friedensabkommen, das den jahrzehntelangen Bürgerkrieg beenden sollte. Mehr als sechs Jahre später werden weite Teile des Landes weiterhin von Gewalt beherrscht. Unter Kolumbiens erstem linksgerichteten Präsidenten Gustavo Petro sind jedoch die Chancen gestiegen, das Land endlich zu befrieden. Um einen "totalen Frieden" zu erreichen, muss die Petro-Regierung das FARC-EP-Friedensabkommen umsetzen, die Friedensgespräche mit der ELN-Guerilla wieder aufnehmen und gegen rechte neo-paramilitärische Gruppen und Drogenkartelle gezielt vorgehen.

Executive Summary

In November 2016, the Colombian government and FARC-EP guerrillas signed a historic peace agreement that aimed to put an end to decades of civil war. More than six years later, violence continues to dominate large parts of the country. Under Colombia's first leftist president, Gustavo Petro, however, the chances have increased to bring the armed conflict to a close. To achieve "total peace," the Petro government must implement the FARC-EP peace agreement, resume peace talks with ELN guerrillas, and target right-wing neo-paramilitary groups and drug cartels.

Keywords:

Kolumbien, Friedensprozess, FARC-EP, ELN, Gewalt

Autor

Dr. Aaron Tauss arbeitet freiberuflich als Sozialwissenschaftler und Journalist. Davor war er Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien und lehrte über neun Jahre an der Nationaluniversität in Medellín, Kolumbien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Internationale Politische Ökonomie, soziale Bewegungen in Lateinamerika und sozial-ökologische Transformation.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiiip,
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, www.oiiip.ac.at, info@oiiip.ac.at

Copyright © 2023

Am 7. August 2022 wurde der ehemalige Guerillakämpfer Gustavo Petro als erster linksgerichteter Präsident Kolumbiens vereidigt. In seiner Antrittsrede erläuterte er vor hunderttausenden Anhängern in der Hauptstadt Bogotá die Grundpfeiler seiner grün-sozialdemokratischen Reformagenda für die kommenden vier Jahre. Petro versprach, die soziale Ungleichheit in Kolumbien zu verringern, den Reichtum umzuverteilen, die öffentliche Gesundheitsversorgung, das Bildungswesen und das Rentensystem auszubauen und neue Energie- und Bergbauprojekte zu stoppen (Hylton & Tauss 2022). Darüber hinaus versicherte er, das historische Friedensabkommen, das Ende 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung des ehemaligen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers Juan Manuel Santos (2010-2018) und der ältesten und größten Guerillagruppe des Landes, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC-EP), unterzeichnet wurde, umzusetzen. Das Abkommen markierte einen Wendepunkt im kolumbianischen Bürgerkrieg, der das Land seit mehr als sechs Jahrzehnten erschüttert. Laut dem im Juni 2022 veröffentlichten Bericht der kolumbianischen Wahrheitskommission wurden allein in den letzten vier Jahrzehnten 450.566 Menschen getötet, 121.768 verschwanden und 50.770 wurden entführt (Comisión de la Verdad 2022a). Die überwiegende Mehrheit der Opfer waren arme Kleinbauern.

Trotz des Friedensabkommens und der Demobilisierung der FARC-EP gehen verschiedene Formen der Gewalt und schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter Massaker, Folter, Zwangsumvertreibungen lokaler Gemeinschaften und politisch motivierte Morde, in vielen Teilen des Landes unvermindert weiter. Nach Angaben des Instituts für Entwicklungs- und Friedensstudien (Indepaz) wurden seit Abschluss des Friedensabkommens mehr als 1.300 soziale Aktivist:innen

und 343 ehemalige FARC-EP-Kämpfer:innen ermordet (darunter 11 Frauen, 48 Afrokolumbianer:innen und 28 Indigene). Allein im Jahr 2022 kam es zu 91 Massakern, und 181 Aktivist:innen verloren gewaltsam ihr Leben (Indepaz 2022a; 2022b). Bei den Tätern handelt es sich um rechte Paramilitärs, Drogenbanden, das kolumbianische Militär oder dissidente FARC-EP-Gruppen. In den meisten Fällen werden die Verbrechen nie aufgeklärt. Laut den Angaben der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (Jurisdicción Especial para la Paz 2021), war 2021 das Jahr mit den meisten Massakern, Massenvertreibungen, Zwangsrekrutierungen von Kindern und Jugendlichen, sowie von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem kolumbianischen Militär und bewaffneten Gruppen seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags mit der FARC-EP. Angesichts der anhaltenden Gewalt versprach Präsident Petro bei seiner Antrittsrede, der Friedensagenda in seiner Regierung höchste Priorität einzuräumen: "Wir müssen sechs Jahrzehnten der Gewalt und des bewaffneten Konflikts ein für alle Mal ein Ende setzen. Ich würde sagen, zwei Jahrhunderte des permanenten Krieges, des ewigen Krieges, des immerwährenden Krieges in Kolumbien." (Cancillería de Colombia 2022)

Die Herausforderungen für Petro sind enorm, ebenso wie die Erwartungen, seine Wahlversprechen einzulösen und in Kolumbien endlich einen "totalen Frieden" sicherzustellen.¹ Um dieses Ziel zu erreichen, muss die neue Regierung vor allem in vier kritischen Bereichen vorankommen. Erstens muss sie den ins Stocken geratenen Friedensprozess mit der FARC-EP wiederbeleben und die schleppende Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 beschleunigen. Zweitens muss Präsident Petro die 2019 abgebrochenen Friedensgespräche mit Kolumbiens immer noch aktiver Guerillagruppe, der Nationalen Befreiungs-

¹ Das Konzept geht auf den ehemaligen kolumbianischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Juan

Manuel Santos (2010-2018) zurück, der nach den Friedensverhandlungen mit der FARC-EP auch mit anderen illegalen bewaffneten Akteuren den Dialog suchte.

front (ELN), wieder aufnehmen und die Einzelheiten eines nachhaltigen und dauerhaften Friedensabkommens ausarbeiten. Drittens muss die Regierung Verhandlungen mit den rechten Paramilitärs aufnehmen, vor allem mit der größten Gruppe, den Gaitanistischen Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AGC), die fast im ganzen Land auf lokaler Ebene repressive und autoritäre parastaatliche Regime errichtet haben. Schließlich steht Präsident Petro noch vor der äußerst schwierigen Aufgabe, den gewaltsamen Fußabdruck von nationalen und internationalen Drogenkartellen und anderen kriminellen Organisationen entscheidend zu verringern.

Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC-EP

Eine der Grundvoraussetzungen für Frieden in Kolumbien ist die Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC-EP. Bei mehr als der Hälfte der ausgehandelten Reformen sind bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden (Echavarría *et al.* 2022). Im Jahr 2021 gab es im Vergleich zu den Vorjahren sogar besorgniserregende Rückschritte in den Bereichen Drogen, Gewaltopfer und Minderheitenrechte (Sistema Integrado de Información para el Posconflicto 2022). Wenn das derzeitige Tempo anhält, werden viele der im Abkommen vorgesehenen Reformen innerhalb des für die Umsetzung vorgesehenen Zeitrahmens von 15 Jahren nicht umgesetzt werden können (Echavarría *et al.* 2022). Hinzu kommt noch das Problem der unzureichenden Finanzierung. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens wurden die festgelegten finanziellen Ziele in keinem einzigen Jahr erreicht.

Dies hat zur Folge, dass die Umsetzung der Landreform nur sehr langsam vorankommt. Das Friedensabkommen sieht vor, neben der Verteilung von öffentlichem Land, drei Millionen Hektar Privatland über einen nationalen Landfond an landlose Kleinbauern und ethnische Minderheiten zu vergeben. Unter dem rechts-konservativen Nachfolger von Präsident Santos, Iván Duque (2018-

2022), wurden diese vertraglichen Verpflichtungen systematisch gebrochen. Die Duque-Regierung war nicht gewillt, politisch gegen die hohe Konzentration von Landbesitz bzw. die extreme sozioökonomische Ungleichheit im ländlichen Raum vorzugehen. Beide Faktoren zählen zu den Hauptgründen für den seit Mitte der 1960er Jahren andauernden bewaffneten Konflikt (Hylton 2006, Richani 2013). Knapp sechs Jahrzehnte später befinden sich 81 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Kolumbiens in Privatbesitz. Davon besitzt eine kleine Minderheit (2,3 Prozent) 52,6 Prozent, während mehr als die Hälfte (62,2 Prozent) nur 4,5 Prozent ihr Eigen nennen kann (Unidad de Planificación Rural Agropecuaria 2022). Kolumbiens polarisierte Besitzverhältnisse haben sich im Zuge des bewaffneten Konflikts seit den 1980er Jahren noch weiter verschärft. Ob die im Friedensvertrag geplante Umverteilung von Land gelingen kann, ist mehr als fragwürdig. In mehr als 50 Jahren, genauer zwischen 1961 und 2012, haben kolumbianische Regierungen lediglich 1,8 Millionen Hektar Privatland an landlose Bauern umverteilt (Centro Nacional de Memoria Histórica 2016).

Anders als sein Vorgänger hat Präsident Petro seine volle Unterstützung für die Landreform zugesagt. Doch der Widerstand von Großgrundbesitzern und Viehzüchtern, die oft mit Paramilitärs, Drogenhändlern und Sektoren des kolumbianischen Militärs zusammenarbeiten, ist oft heftig und gewaltsam (Hristov 2021; Zelik 2009). Da die politische Macht in Kolumbien nach wie vor eng mit Landbesitz verknüpft ist, werden Richter:innen, Ermittler:innen und Staatsanwälte:innen, die mit Landrestitutionsfällen betraut sind, bedroht und ermordet. Aus diesem Grund unterzeichnete die Petro-Regierung im Oktober 2022 ein Abkommen mit dem Verband der kolumbianischen Viehzüchter (Fedegan), einem der reaktionärsten Wirtschaftsverbände des Landes mit nachgewiesenen Verbindungen zum Paramilitarismus (Rodríguez 2020). Ziel des Abkommens ist es, die im Friedensvertrag mit der FARC-EP vorgesehene Rückgabe von drei Millionen Hektar Privatland für

landlose Bauern zu erleichtern (Presidencia de la República de Colombia 2022).

Die anhaltende Gewalt und die semi-feudalen Machtverhältnisse in vielen Regionen des Landes sind jedoch nicht die einzigen Hindernisse für den Frieden. Unzureichender Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Wasser und Land, niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen, Ernährungsunsicherheit² und Umweltzerstörung prägen den Alltag von Kleinbauern und Landarbeiter:innen in peripheren Regionen. In vielen Fällen gehen groß angelegte Bergbau-, Energie- und Agroindustrieprojekte mit irreversiblen Umweltschäden in Form von Wasserverschmutzung, Bodendegradation, Abholzung und Verlust der Artenvielfalt einher. Oft sind die Unternehmungen auch eine treibende Kraft hinter der gewaltsamen Vertreibung und Enteignung von lokalen Gemeinschaften.

Politische Reformen

Neben der Landreform zielte das Friedensabkommen mit der FARC-EP auch darauf ab, die politische Beteiligung in Kolumbien zu fördern. Doch die ausgehandelten Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Prozesse und zur Ausweitung der Sicherheitsgarantien für Oppositionsparteien, Protestgruppen, soziale Bewegungen und populäre Organisationen sind bisher weitgehend Makulatur geblieben. Während des historischen Zyklus sozialer Proteste, der das Land zwischen 2019 und 2022 in Atem hielt, begingen die spezialisierte Polizeieinheit zur Bekämpfung von Aufständen (ESMAD) und das kolumbianische Militär zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Folter, Verstümmelung, sexuelle Übergriffe und gewaltsame Entführungen (Temblores 2021).

² Im Jahr 2022 stufte das Welternährungsprogramm Kolumbien als einen "Hunger-Hotspot" ein. 7,3 Millio-

Nahezu tagtäglich werden soziale Anführer:innen (líderes sociales), Umweltaktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Studierende und kritische Journalist:innen aus politischen und wirtschaftlichen Motiven eingeschüchtert, bedroht und in vielen Fällen auch ermordet. Die Hauptnutznießer der Gewalttaten sind Großgrundbesitzer, multinationale Bergbaukonzerne, Agrarunternehmen und Drogenkartelle. Die anhaltende Gewalt richtet sich auch gegen ehemalige FARC-EP-Mitglieder. Aus diesem Grund fordert der Bericht der kolumbianischen Wahrheitskommission eine Aufstockung der staatlichen Mittel für deren Schutz sowie die Durchsetzung wirksamer Maßnahmen zur Beschleunigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiedereingliederung. Von den 12.000 demobilisierten FARC-EP-Kämpfer:innen haben 60 Prozent Finanzmittel für die Entwicklung wirtschaftlicher Projekte erhalten. Darüber hinaus wurden von staatlicher Seite auch Anstrengungen unternommen, den Landbesitz in den für die Reintegration vorgesehenen Gebiete zu formalisieren (Misión de Verificación de las Naciones Unidas en Colombia 2022).

In Anlehnung an die Empfehlungen der Wahrheitskommission hat sich die Petro-Regierung auch verpflichtet, den jahrzehntealten Diskurs der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) und die Militärdoktrin des "inneren Feindes", die sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richtete, aufzugeben (Tauss, Pardo & Graaff 2019). Stattdessen will sich Präsident Petro für eine neue Vision von Sicherheit stark machen, die sich in erster Linie auf das menschliche Wohlbefinden und den Schutz von Einzelpersonen und Gemeinschaften konzentriert. Eine Neuausrichtung der kolumbianischen Sicherheitspolitik müsste jedoch auch die Abschaffung der militärischen Strafgerichtsbarkeit und die Rückführung der Polizei in das Innenministerium beinhalten (Comisión de la Verdad 2022b). Präsident Petro

nen Kolumbianer:innen sind aktuell von Ernährungsunsicherheit betroffen (World Food Programme 2022).

hat bereits angekündigt, dass seine Regierung die Zahl der Streitkräfte schrittweise reduzieren und die Wehrpflicht durch einen Sozialdienst in zivilen Einrichtungen ersetzen will.

Opferentschädigung

Was den Schutz und die Entschädigung der Opfer des bewaffneten Konflikts betrifft, so wurden unter Präsident Duque kaum Fortschritte erzielt. Die Regierung kürzte die Budgets für die Wahrheitskommission, die Sucheinheit für vermisste Personen und die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden, die alle im Rahmen des FARC-EP-Friedensabkommens eingerichtet worden waren. Nach Angaben des einheitlichen Opferregisters gibt es in Kolumbien mehr als 9,3 Millionen Gewaltopfer des bewaffneten Konflikts, was 20 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht (Registro Único de Víctimas 2022). Die Rückgabe von gestohlenem Land an Millionen von armen und vertriebenen Bauern, die derzeit in überbevölkerten Städten ein prekäres Leben führen, kommt, wenn überhaupt, nur sehr langsam voran. Auch die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei schweren Menschenrechtsverletzungen und zur Verfolgung von Mitgliedern krimineller Organisationen und korrupter Netzwerke sind unzureichend. Darüber hinaus hat die kolumbianische Regierung ihre Versprechen, den Zugang der Opfer zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu verbessern, in die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der vom Krieg betroffenen ländlichen Gebiete zu investieren und die Rechte von Frauen und Minderheiten zu stärken, bisher nur unzureichend erfüllt.

Im Oktober 2022 eröffnete die Petro-Regierung erneut die Kommission zur Überwachung, Förderung und Überprüfung der Umsetzung des Abkommens (CSIVI) und die Nationale Kommission für Sicherheitsgarantien (CNGS), zwei Verwaltungsorgane, die aus den Friedensverhandlungen mit der FARC-EP hervorgegangen waren (El Espectador 2022). Ihre Hauptaufgabe besteht darin,

Mechanismen zur Zerschlagung krimineller Organisationen und paramilitärischer Nachfolgegruppen zu entwickeln, die durch Morde, Massaker oder Gewaltakte an sozialen Aktivist:innen die Umsetzung des Friedensabkommens erschweren (Gobierno de Colombia 2017). Wenig überraschend, hatte die Regierung Duque zuvor die Arbeit der beiden Institutionen absichtlich sabotiert (Gonzalez 2022)

Präsident Petro drängte auch auf die Schaffung der Einheit für die Umsetzung des Friedensabkommens, die zukünftig in Abstimmung mit dem Amt des Hohen Kommissars für den Frieden und anderen mit der Umsetzung des Friedensabkommens betrauten Institutionen arbeiten soll. Die jüngsten Entscheidungen der Petro-Regierung sind nicht nur eine Reaktion auf die Dringlichkeit, die Umsetzung der mit den FARC-EP-Rebellen ausgehandelten Verpflichtungen voranzutreiben. Sie tragen auch zur Milderung der humanitären Krise in vielen Regionen bei, die nach wie vor von der Fortsetzung des bewaffneten Konflikts betroffen sind.

Friedensverhandlungen mit der ELN

Ende November 2022 verkündete die Petro-Regierung die formelle Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit der ELN, der größten Guerillaorganisation des Landes. Die ELN ist seit der Demobilisierung der FARC-EP in den vergangenen Jahren auf eine Größe von 2.400 bis 3.000 Kämpfer:innen angewachsen und ist derzeit auf 26 Prozent des kolumbianischen Staatsgebiets aktiv - vor allem in den ölreichen nordöstlichen Grenzregionen zu Venezuela (Norte de Santander, Arauca) und im Südwesten (Nariño, Cauca) in der Nähe des Pazifikkorridors (Aponte 2021). Die neue Stärke der Guerilla ist zum Großteil auf die Eingliederung dissidenter FARC-EP-Gruppen zurückzuführen, die in Waffen- und Drogenhandel, Bergbau, Erpressung und illegale Abholzung involviert sind. Der letzte Versuch, über die Entwaffnung der ELN und ihre Umwandlung in eine legale politische Kraft zu verhandeln, wurde von

der Duque-Regierung im Jahr 2019 ausgesetzt, nachdem die Rebellen einen Autobombenanschlag auf eine Polizeistation in Bogotá verübt hatten.

Unter Präsident Petro sind die Aussichten auf eine friedliche Lösung mit der ELN vielversprechender denn je. Auf der Suche nach breiteren Allianzen und der Zusammenarbeit mit Sektoren, die traditionell gegen eine Verhandlungslösung waren, bestätigte Petro die Teilnahme des Verbands der kolumbianischen Viehzüchter (Fedegan) am Verhandlungstisch. Darüber hinaus werden die Gespräche auch auf internationaler Ebene unterstützt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat sich als ständiger Begleiter bereit erklärt, ebenso wie die kolumbianische Bischofskonferenz. Mexiko, Norwegen, Chile, Venezuela und Kuba werden als internationale Garanten fungieren. Beide Verhandlungsparteien haben sich darauf geeinigt, den 2016 mit der Regierung Santos festgelegten Sechs-Punkte-Plan wieder aufzunehmen. Dieser umfasst die Themen Übergangsgerechtigkeit, politische Partizipation, Demobilisierung und Entwaffnung, gerechte Behandlung der Opfer und die Umsetzung des Friedensabkommens (Badillo & Trejos 2022; Tauss & Duque 2016).

Die ELN wird sich vor allem um eine breitere Beteiligung der kolumbianischen Zivilgesellschaft bemühen, insbesondere von Vertreter:innen historisch entrechteter, marginalisierter und verarmter Sektoren. Um die kollektive Friedensstiftung zu stärken, organisierte die Petro-Regierung Ende 2022 eine Reihe basisdemokratischer Versammlungen in verschiedenen Regionen des Landes, die als "Goodwill"-Geste gegenüber der ELN interpretiert werden könnten. Im Vergleich zu den FARC-EP-Verhandlungen ist der Ansatz der ELN deutlich radikaler. Er zielt darauf ab, die

strukturellen Ursachen zu beseitigen, die dem bewaffneten Konflikt zugrunde liegen (Valencia 2022). Die Rebellen werden versuchen, das ex-traktivistische Wirtschaftsmodell, die Rolle ausländischer Konzerne bei der Ausbeutung von Rohstoffen, sowie die repressiven staatlichen Institutionen (Militär, Polizei und Geheimdienste) zu problematisieren. Diese Themen waren bei den Friedensgesprächen mit der FARC-EP von vornherein ausgeklammert worden.

Unter der Präsidentschaft von Petro, der in den 1970er und 1980er Jahren selbst Mitglied der Guerillagruppe "Bewegung des 19. April"³ war, wird es sicherlich leichter sein, diese Themen zu diskutieren. Die ELN-Agenda richtet sich jedoch viel stärker gegen die Interessen kolumbianischer Finanzkonglomerate und der im Land tätigen ausländischen transnationalen Unternehmen. Zusammen mit Kolumbiens Massenmedien werden diese Kräfte zuerst versuchen, Druck auf beide Verhandlungsparteien auszuüben, um die Forderungen der ELN einzuschränken und ihre Gewinne und Privilegien abzusichern. Sollte dies jedoch scheitern, könnten sie, ähnlich wie im Falle des FARC-EP-Abkommens, die Umsetzung eines ELN-Friedensvertrags sabotieren und die gemachten Zugeständnisse ignorieren.

Ein weiteres Problem könnte die interne Organisation der Guerilla werden. Seit ihren Anfängen ist die ELN für ihre autonomen und föderalen Strukturen bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob es ihrer Delegation gelingen wird, die Interessen der gesamten Guerilla bei den Verhandlungen zu vertreten. Für Kolumbiens linke Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und populäre Organisationen eröffnet der Friedensprozess mit der ELN neue Möglichkeiten, ihre Anliegen durch direkte oder indirekte Beteiligung voranzutreiben. Die Verhandlungen könnten eine breitere gesellschaftliche Debatte über Demokratisierung,

³ Die 1974 gegründete „Bewegung des 19. April“ war eine nationalistisch-revolutionäre Guerilla-Organisation, aus der 1990 als Folge von Friedensverhandlungen die politische Partei „Demokratische Allianz M-19“

hervorging. Der Name der Guerilla-Truppe bezieht sich auf die kolumbianischen Präsidentschaftswahlen am 19. April 1970, bei denen es zu bis heute unaufgeklärten groben Unregelmäßigkeiten kam.

soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz anstoßen und Forderungen nach einem transformativen Frieden stärken.

Neo-Paramilitarismus und Drogenkartelle

Abgesehen von den Guerillas, sind rechte Paramilitärs nach wie vor eines der größten Hindernisse für Frieden in Kolumbien (Muggenthaler & Peters 2022). Trotz ihrer offiziellen Demobilisierung zwischen 2003 und 2006 unter dem rechts-konservativen Präsidenten Álvaro Uribe (2002-2010), üben neo-paramilitärische Gruppen bis heute in weiten Teilen des Landes territoriale, politische und militärische Kontrolle aus. Das Fortbestehen paramilitärischer Strukturen ist weitgehend eine Folge wirtschaftlicher Unterentwicklung, unbefriedigter sozialer Bedürfnisse und der fehlenden Präsenz staatlicher Institutionen in peripheren Regionen. In der Vergangenheit haben Kolumbiens rechte Regierungen, zusammen mit den Massenmedien, die wirtschaftliche und politische Dimension des Paramilitarismus oft geleugnet. Stattdessen haben sie paramilitärische Gruppen meist auf militärische und kriminelle Aspekte reduziert und sich ausschließlich auf ihre Zerschlagung und Entwaffnung konzentriert (Giraldo, Villa-Turek & Luna 2022).

Seit der Unterzeichnung des FARC-EP-Friedensabkommens haben sich die Gaitanistischen Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AGC) mit geschätzten 4.000 Mitgliedern als größte und mächtigste neo-paramilitärische Gruppe etablieren können. Die AGC operieren in 25 von 32 Regionen des Landes, was 78 Prozent des gesamten nationalen Territoriums entspricht. Zu den Machtzentren der Paramilitärs zählen vor allem der Südwesten (Chocó, Sucre, Córdoba und Antioquia), Süden (Nariño, Valle del Cauca) und Norden/Nordwesten (La Guajira, Bolívar, Magdalena, Santander und Norte de Santander) (Indepaz 2021). Die AGC sind ein Zusammenschluss hunderter halbautonomer paramilitärischer und kri-

mineller Gruppen, die hauptsächlich im Drogenhandel, Schmuggel, Kreditvergabe, Erpressung, Bergbau, Prostitution, Pornografie, sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel tätig sind (Martínez 2017; Trejos & Badillo 2022). Obwohl die neuen Paramilitärs klare politische Ziele verfolgen, ist die Agenda der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) im Vergleich zu den paramilitärischen Gruppen früherer Generationen heute weniger zentral und ausgeprägt. Durch das Hochhalten traditioneller Verhaltensnormen und patriarchalischer Werte, die ihre Interaktionen mit lokalen Gemeinschaften regeln, ist es den AGC gelungen, autoritäre Gesellschaftsordnungen auszubauen, die auf Gewalt, Angst und Einschüchterung beruhen (Gutiérrez 2022a).

Während die AGC in einigen Regionen mit der ELN und dissidenten FARC-EP-Gruppen Nichtangriffspakte und die gemeinsame Verwaltung illegaler Einnahmen ausgehandelt haben, führen sie in anderen Gebieten einen offenen Krieg gegen dieselben Guerilla-Organisationen. Das Verhältnis der AGC zum kolumbianischen Militär ist von einer ähnlich undurchsichtigen, hybriden und janusköpfigen Dynamik geprägt. Anders als in der Vergangenheit, hat das kolumbianische Militär neo-paramilitärische Gruppen in den letzten Jahren entschiedener bekämpft (Gutiérrez 2022b). In vielen Fällen werden die kriminellen Aktivitäten der AGC jedoch auch von Mitgliedern des Militärs, der Polizei und politischen Eliten geduldet bzw. transnationalen Unternehmen, Großgrundbesitzern, Agroindustriellen, Viehzüchtern und Drogenkartellen gezielt unterstützt (Trejos & Badillo 2022).

Seit Jahrzehnten bildet der Drogenhandel die wichtigste materielle Grundlage für bewaffnete Gruppen und kriminelle Organisationen in Kolumbien. Die AGC sind jedoch nur ein Glied in der Kette nationaler und transnationaler Kriminalität. Die Paramilitärs fungieren in erster Linie als Transporteure von kolumbianischen und mexikanischen Drogenkartelle und als logistischer

Dienstleister für den Export von Kokainhydrochlorid. Unter Präsident Duque erlebte Kolumbien eine Ausweitung des illegalen Kokaanbaus. Diese Entwicklung führte so weit, dass 2020 12 Prozent der gesamten kultivierbaren Fläche des Landes für die Produktion von Kokablättern genutzt wurde (The White House 2022).

Petros Agenda des "totalen Friedens" zielt eindeutig auf die Demobilisierung der AGC ab. Doch selbst wenn die Regierung damit Erfolg haben sollte, würden nationale und ausländische Drogenkartelle wohl versuchen, andere neo-paramilitärische Gruppen zu stärken, um den extrem lukrativen Handel mit Kokain am Leben zu erhalten. Genau aus diesem Grund betrachtet Präsident Petro die Drogenkartelle als eine der größten Bedrohungen für die nationale Souveränität und den Frieden im Land. Die Petro-Regierung will sich daher verstärkt für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums, die Regulierung des Drogenmarktes und die Stärkung von wirtschaftlich nachhaltigen Alternativen zum Anbau von Kokapflanzen einsetzen. Außerdem hat Präsident Petro angekündigt, dass Drogenhändler, die sich zu Verhandlungen mit dem kolumbianischen Staat entschließen, nicht an die USA ausgeliefert werden und mit mildereren Strafen rechnen können. Die Praxis der Auslieferung hat über Jahrzehnte dazu gedient, die Verbindungen zwischen Drogenkartellen, paramilitärischen Gruppen und Teilen des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Establishments in Kolumbien zu verschleiern. Letztere sehen die Ankündigung Petros als Bedrohung und werden alles unternehmen, damit unangenehme Wahrheiten nicht ans Tageslicht kommen. Die Gewalt, die von paramilitärischen Gruppen und Drogenkartellen ausgeht, steht somit in engem Zusammenhang mit Kolumbiens politischen und wirtschaftlichen Machtzentren, wodurch Petros Bestrebungen, das Land endlich zu befrieden, noch zusätzlich erschwert werden.

Ausblick

Der historische Sieg von Gustavo Petro bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2022 hat zweifelsohne die Chancen erhöht, den längsten bewaffneten Konflikt in der westlichen Hemisphäre zu beenden. Doch angesichts der immensen Herausforderungen, sowohl auf nationaler als auch globaler Ebene, denen die neue Regierung gegenübersteht, ist das Ziel eines "totalen Friedens" eine riesige Aufgabe. Wird es der Petro-Regierung gelingen, bei der Umsetzung des FARC-EP-Friedensabkommens wirklich voranzukommen? Oder werden sich die Interessen der dominanten sozialen und politischen Kräfte durchsetzen und einen nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel und dauerhaften Frieden verhindern? Wird Präsident Petro alle verbleibenden abtrünnigen FARC-EP-Gruppen davon überzeugen, ihre Waffen niederzulegen und ihre kriminellen Aktivitäten aufzugeben? Werden die neu aufgenommenen Verhandlungen mit der ELN zu einer endgültigen und stabilen Friedenslösung führen?

Der Umgang mit den Paramilitärs und Drogenkartellen wird wahrscheinlich noch schwieriger werden. Jede ernsthaft angelegte Politik, die auf die Demobilisierung neo-paramilitärischer Gruppen und die Zerschlagung von Drogenkartellen abzielt, muss notwendigerweise mit einem Plan einhergehen, der auch die zahlreichen Unterauftragnehmer ins Visier nimmt. Und nicht nur dies. Solange die strukturellen Probleme des bewaffneten Konflikts in den betroffenen Regionen, wie soziale Ungleichheit, Landverteilung, semi-feudale Machtverhältnisse und fehlende öffentliche Infrastruktur, nicht grundlegend angegangen, bleiben alle Bemühungen in diesem Zusammenhang oberflächlich und kurzlebig. Die Petro-Regierung könnte in den kommenden Jahren versuchen, wichtige Schritte in diese Richtung zu setzen. Ob diese gelingen, wird auch davon abhängen, ob Kolumbiens soziale Bewegungen, progressive Parteien und populäre Organisationen die durch Petros Projekt des "totalen Friedens" entstandenen politischen Räume nutzen können,

um die bestehenden Kräfteverhältnisse zu verändern und das Land demokratischer und gerechter zu machen.

Literatur

Aponte González, A. F. (2021). "El rompecabezas del ELN." In *¿Por qué es tan difícil negociar con el ELN? Las consecuencias de un federalismo insurgente, 1964-2020*, edited by A.F. Aponte González & F. E. González González, 25-54, Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular/Programa por la Paz.

Badillo Sarmiento, R. & Trejos Rosero, L. F. 2022. "Criminales o políticos: cuestionemos los falsos dilemas de la paz total." In *Paz total, insumos para la formulación de una política pública integral de paz*, edited by C. Medina Gallego, 223-232, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.

Cancillería de Colombia (2022). Palabras del Presidente de la República, Gustavo Petro Urrego, al tomar posesión como Jefe de Estado <https://www.cancilleria.gov.co/newsroom/news/palabras-presidente-republica-gustavo-petro-urrego-tomar-posesion-jefe-estado> (Zugriff: 7. Januar 2023)

Centro Nacional de Memoria Histórica (2016). Tierras y conflictos rurales: Historia, políticas agrarias y protagonistas <https://centrodememoriahistorica.gov.co/tierras-y-conflictos-rurales/> (Zugriff: 9. Januar 2023)

Comisión de la Verdad (2022a). Cifras de la Comisión de la Verdad presentadas junto con el Informe Final <https://web.comisiondelaverdad.co/actualidad/noticias/principales-cifras-comision-de-la-verdad-informe-final> (Zugriff: 12. Januar 2023)

Comisión de la Verdad (2022b). Hallazgos y Recomendaciones para la No Repetición <https://www.comisiondelaverdad.co/hallazgos-y-recomendaciones> (Zugriff: 7. Januar 2023)

Gobierno de Colombia (2017). Decreto 154 de 2017. Por el cual se crea la Comisión Nacional de Garantías de Seguridad en el marco del Acuerdo Final, suscrito entre el Gobierno Nacional y las FARC-EP el 24 de noviembre de 2016 <https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=79067> (Zugriff: 12. Januar 2023)

Echavarría Álvarez, J. et al. (2022). Cinco años después de la firma del Acuerdo Final: Reflexiones desde el monitoreo a la implementación <https://doi.org/10.7274/z029p270x6d> (Zugriff: 12. Januar 2023)

El Espectador (2022). Acuerdo de paz: lo que viene tras reactivación de CSIVI y CNGS por parte de Petro [https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/acuerdo-de-paz-que-significa-activacion-del-presidente-petro-a-csivi-y-comision-de-garantias-de-seguridad/](https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/acuerdo-de-paz-que-significa-reactivacion-del-presidente-petro-a-csivi-y-comision-de-garantias-de-seguridad/) (Zugriff: 12. Januar 2023)

Giraldo Moreno, J., Villa-Turek Arbeláez, J. & Luna Alzate, L. (2022). "Paramilitarismos en Colombia." In *¿Del paramilitarismo al paramilitarismo? Radiografías de una paz violenta en Colombia*, edited by J. Giraldo Moreno, L. Luna Alzate, F. Muggenthaler & S. Peters, 23-60, Quito: Fundación Rosa Luxemburg.

Gutiérrez, F. (2022a). Paramilitary territorial control and patterns of violence against civilians in Colombia: Disappearances in a stable paramilitary fiefdom. *Partecipazione e Conflitto*, 15 (1), 37-54.

Gutiérrez, Francisco (2022b). "Prólogo." In *¿Del paramilitarismo al paramilitarismo? Radiografías de una paz violenta en Colombia*, edited by J. Giraldo Moreno, L. Luna Alzate, F. Muggenthaler & S. Peters, 13-22, Quito: Fundación Rosa Luxemburg.

Hristov, J (2021). Pro-capitalist violence and the great wave of dispossession: Armed actors and agrarian conflicts in Colombia, Mexico, and Honduras. *Sociology of Development*, 7 (2), 129-158.

Hylton, F. (2006). *Evil hour in Colombia*. London: Verso.

Hylton, F. & Tauss, A. (2022). Colombia at the crossroads, *New Left Review* 137, 87-125.

Gonzalez Posso, C. (2022). Cinco años sin Comisión Nacional de Garantía de Seguridad: Una omisión que cuesta vidas <https://indepaz.org.co/cinco-anos-sin-comision-nacional-de-garantia-de-seguridad-una-omision-que-cuesta-vidas-por-camilo-gonzalez-posso/> (Zugriff: 12. Januar 2023)

Indepaz (2021). Los focos del conflicto en Colombia. Informe sobre presencia de grupos armados <http://www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2021/10/INFORME-DE-GRUPOS-2021.pdf> (Zugriff: 15. Januar 2023)

Indepaz (2022a). Líderes sociales, defensores de dd.hh y firmantes de acuerdo asesinados en 2022 <https://indepaz.org.co/lideres-sociales-defensores-de-dd-hh-y-firmantes-de-acuerdo-asesinados-en-2022/> (Zugriff: 16. Januar 2023)

Indepaz (2022b). Masacres en Colombia durante el 2020, 2021 y 2022 <https://indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020-2021/> (Zugriff: 14. Januar 2023)

Jurisdicción Especial para la Paz (2021). JEP alerta que el 2021 ha sido el inicio de año más violento desde la firma del Acuerdo de Paz <https://www.jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/JEP-alerta-que-el-2021-ha-sido-el-inicio-de-a%C3%B1o-m%C3%A1s-violento-desde-la-Firma-del-Acuerdo-de-Paz.aspx> (Zugriff: 11. Januar 2023)

Martínez Herrera, L. A: (2017). Contrabando, narcomenudeo y explotación sexual en Pereira, Colombia, *Revista Mexicana de Sociología* 79 (3), 459-486.

Misión de Verificación de las Naciones Unidas en Colombia (2022). Informe Trimestral del Secretario General <https://colombia.unmissions.org/sites/default/files/n2238679.pdf> (Zugriff: 14. Januar 2023)

Muggenthaler, F. & Peters, S. (2022). "Presentación." In *¿Del paramilitarismo al paramilitarismo? Radiografías de una paz violenta en Colombia*, edited by J. Giraldo Moreno, L. Luna Alzate, F. Muggenthaler & S. Peters, 7-12, Quito: Fundación Rosa Luxemburg.

Presidencia de la República de Colombia (2022). Como 'histórico' califica el Presidente Petro firma del acuerdo entre Gobierno y ganaderos que permitirá comprar 3 millones de hectáreas de tierras para entregar a campesinos y campesinas del país <https://petro.presidencia.gov.co/prensa/Paginas/Como-historico-califica-el-Presidente-Petro-firma-del-acuerdo-entre-Gobie-221008.aspx#:~:text=Puntos%E2%80%8B%20del%20acuerdo%20entre%20Gobierno%20y%20Fedeg%C3%A1n&text=El%20acuerdo%20establece%20que%20los,las%20disposiciones%20ambientales%20y%20agrarias> (Zugriff: 13. Januar 2023)

Registro Único de Víctimas (2022). Víctimas del conflicto armado <https://www.unidadvictimas.gov.co/es/registro-unico-de-victimas-ruv/37394> (Zugriff: 13. Januar 2023)

Richani, N. (2013). *Systems of violence: The political economy of war and peace in Colombia*. New York: Suny Press.

Rodríguez, J. C. (2020). Fedegán: una historia de violencia y depredación <https://www.pares.com.co/post/fedeg%C3%A1n-una-historia-de-violencia-y-depredaci%C3%B3n> (Zugriff: 13. Januar 2023)

Sistema Integrado de Información para el Posconflicto (2022). Reporte del Sistema Integrado de Información para el Posconflicto <https://www.sispro.gov.co/catalogos/Pages/reporte-de-informacion.aspx> (Zugriff: 17. Januar 2023)

Tauss, A. & Duque, J. (2016). Colombia's other guerrillas <https://jacobin.com/2016/12/colombia-santos-eln-farc-peace-negotiations/> (Zugriff: 17. Januar 2023)

Tauss, A., Pardo, D. & Graaff, D. (2019) El bloque de poder contrainsurgente y su papel en el resurgimiento de la derecha en América Latina, *Colombia Internacional* 99, 63-90.

Temblores 2021. Comunicado a la opinión pública y a la comunidad internacional por los hechos de violencia cometidos por la Fuerza Pública de Colombia <https://www.temblores.org/comunicados> (Zugriff: 17. Januar 2023)

Trejos Rosero, L. F. & Badillo Sarmiento, R. (2022). ¿Qué hacer con el Clan del Golfo? <https://contexto-media.com/que-hacer-con-el-clan-del-golfo/> (Zugriff: 14. Januar 2023)

Unidad de Planificación Rural Agropecuaria (2022). Análisis de la distribución de la propiedad rural en Colombia <https://drive.google.com/file/d/0B41eMRb76ohEWDdOMk5hcEpCeEE/view?resourcekey=0-94r9Dd0il7ehj4uoMvjT4A> (Zugriff: 11. Januar 2023)

Valencia, G. D. (2022). "Una Paz Total que involucre necesariamente a toda la sociedad civil." In *Paz total, insumos para la formulación de una política pública integral de paz*, edited by C. Medina Gallego, 153-168, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.

World Food Programme (2022). Hunger Hotspots FAO-WFP Early Warnings on Acute Food Insecurity <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000136243/download/> (Zugriff: 12. Januar 2023)

The White House (2022). ONDCP Releases Data on Coca Cultivation and Production in the Andean Region <https://www.whitehouse.gov/ondcp/briefing-room/2022/07/14/ondcp-releases-data-on-coca-cultivation-and-production-in-the-andean-region/> (Zugriff: 11. Januar 2023)

Zelik, R. (2008). Die kolumbianischen Paramilitärs - 'Regieren ohne Staat' oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit, Münster: Westfälisches Dampfboot.